

DISKUSSION KONZENTRIEREN ERGEBNISSE FIXIEREN

Wenn wir am 15. Jahrestag unserer Republik Rückschau halten auf die bisherigen Ergebnisse und Errungenschaften gemeinsamer Arbeit, so können wir mit berechtigtem Stolz feststellen, daß wir auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, in der Volkswirtschaft und in der Technik große Erfolge erzielt haben. Dazu gehört an hervorragender Stelle unser Bildungssystem.

Auf der Grundlage der demokratischen Reformen des Schul- und Hochschulwesens, der Beseitigung des Bildungsmonopols und anderer Maßnahmen wurden in unserer Republik alle Einrichtungen des Bildungswesens zu wirklichen Bildungsstätten des gesamten Volkes. Heute studieren bei uns über 270 000 Studenten. Das bedeutet, daß auf 10 000 Einwohner etwa 160 Studierende entfallen, davon 68 Hochschulstudenten. In Westdeutschland beträgt die Zahl der Hochschulstudenten dagegen nur 37 auf 10 000 Einwohner.

Die weitere Entwicklung und Perspektive unseres Bildungswesens bis etwa zum Jahre 1980 ist in den Grundsätzen zur Gestaltung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems festgelegt. Diese von einer staatlichen Kommission ausgearbeiteten Grundsätze werden seit Monaten in der gesamten Republik lebhaft diskutiert. Der Verlauf und die bisherigen Ergebnisse der Diskussion gestatten die Feststellung, daß die in den Grundsätzen gegebene Orientierung allgemeine Anerkennung findet. Über einige Grundfragen ist die Aussprache in vollem Gange und wird in kurzer Zeit zusammengefaßt werden.

Man muß mit Nachdruck darauf hinweisen, daß in den Grundsätzen die konsequente und konkrete Fortsetzung der Politik unserer Regierung auf dem Gebiet des Bildungswesens zum Ausdruck kommt, daß wir nur im Rahmen unserer gesellschaftlichen Ordnung, durch die Errichtung der Grundlagen und durch den Übergang zum vollentfalteten Aufbau des Sozialismus in unserer Republik in der Lage waren, ein solches umfassendes Perspektivprogramm für das Bildungswesen zu entwickeln, das für ganz Deutschland vorbildlich ist. Hierin liegt vor allem die grundlegende nationale Bedeutung unserer Bildungskonzeption.

Demgegenüber ist Westdeutschland in der Gestaltung seines Bildungssystems weit zurückgeblieben und aus zahlreichen Publikationen der jüngsten Zeit ist deutlich das Unbehagen vieler Menschen in der Bundesrepublik vor allem der Wissenschaftler und Lehrer, erkennbar. Deshalb haben die Veröffentlichung der Grundsätze und die breite Diskussion in unserer Presse, im Rundfunk und im Fernsehen in Westdeutschland einen lebhaften Widerhall gefunden. Dies zeigt sich in vielen Ausprüchen mit Angehörigen aller Berufe. Zugleich wird vielen Menschen in Westdeutschland am Beispiel des Bildungssystems klar, was wir unter einer breiten demokratischen Diskussion verstehen. Es muß ihnen aber auch klar gemacht werden, welche gesellschaftlichen Veränderungen notwendig sind, um nicht noch weiter hinter unserer Entwicklung zurückzubleiben. In Westdeutschland gab es keine demokratische Umgestaltung des Bildungswesens, wurde das Bildungsmonopol nicht gebrochen, und es haben sich bis heute reaktionäre, militaristische und antikommunistische Tendenzen an den Schulen und Hochschulen erhalten.

Ziel aller unserer Bildungsarbeit ist die Erziehung der allseitig gebildeten sozialistischen Persönlichkeit, die über ein ausgezeichnetes Fachwissen verfügt und ihr persönliches Leben nach den Normen der sozialistischen Moral gestaltet. Sie muß solide Kenntnisse der Entwicklungsgesetze der Natur und der Gesellschaft nachweisen; besonders die Kenntnis der gesell-

schaftlichen Entwicklungsgesetze wird von Jahr zu Jahr bedeutungsvoller, da es nur auf dieser Grundlage möglich ist, den weiteren Gang unserer gesellschaftlichen Entwicklung vorzusehen und reale Perspektiven aufzustellen und festzulegen. Die Grundsätze für die Gestaltung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems sind letzten Endes selbst ein Beispiel für eine solche, aus der Kenntnis der Entwicklungsgesetze unseres gesellschaftlichen Lebens begründeten perspektivischen Voraussicht.

Daraus ergibt sich bereits, welche Bedeutung dem Studium der Grundlagen des Marxismus-Leninismus im Rahmen der Universitäts- und Hochschulbildung zukommt. Das Staatssekretariat hat dem Rechnung getragen durch Veränderungen im Grundstudium, durch die Orientierung auf selbständige Arbeit der Studenten und auf eng mit dem Fach verbundene Lehrveranstaltungen. Es kommt in der Diskussion zu diesem Problem besonders darauf an, die Verantwortung des gesamten Lehrkörpers für die Verbesserung des Grundstudiums herauszuarbeiten und neue Formen der kollegialen Zusammenarbeit zwischen den Fachvertretern und den Mitarbeitern der Institute für Marxismus-Leninismus zu entwickeln.

Es ist zu überlegen, ob der Student nicht beispielsweise Jahres- oder Semesterarbeiten zu einem Thema anfertigen sollte, das gemeinsam vom Dozenten des Grundlagenstudiums und vom Fachdozenten gestellt wird, das also für beide interessant und nützlich und zugleich geeignet ist, das Verständnis des Studenten für die Zusammenhänge und Durchdringungspunkte des Marxismus-Leninismus und seines Fachgebietes zu fördern.

Bei der Diskussion zu Problemen des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems sollten besonders im Hoch- und Fachschulstudium noch weit stärker als bisher in den nächsten Wochen Fragen des Fern- und Abendstudiums, der Weiterbildung und Erwachsenenqualifizierung und der Frauen- und Mädchenförderung im Mittelpunkt stehen.

Dem Fern- und Abendstudium kommt in den nächsten Jahren eine erhöhte Bedeutung zu. Es ist also unabdingbar notwendig, den damit zusammenhängenden Problemen und Gesichtspunkten entsprechende Aufmerksamkeit zu widmen und in der Diskussion mit geeigneten Vorschlägen aufzuwarten. Dies gilt in gleichem Maße für die Weiterbildung und Erwachsenenqualifizierung; besonders auf dem letztgenannten Gebiet ist die Diskussion bisher wenig ergebnisreich. Die Mitarbeiter der Abteilungen Fern- und Abendstudium, aber auch unsere Hochschullehrer überhaupt müssen hier entschieden aktiver werden.

Das Fernstudium wird umfang- und qualitativmäßig in den nächsten Jahren etwa die gleiche Entwicklung nehmen wie das Direktstudium.

Dieser Tatsache müssen wir ins Auge sehen.

Gegenwärtig macht das Fernstudium in unserer Republik etwa 20 Prozent des Direktstudiums an den Hochschulen und etwa 50 Prozent des Direktstudiums an den Fachschulen aus.

Da in den nächsten Jahren weit mehr Arbeiter mit abgeschlossener Oberschulbildung in unseren Betrieben tätig sein werden, als es heute der Fall ist, wird das Fernstudium in Zu-

kunft bereits mit 20 bis 25 Jahren aufgenommen werden können und nicht erst, wie heute noch in der Regel, mit 27 bis 30 Jahren. Alle sich allein daraus ergebenden Probleme und Konsequenzen sollten in der Diskussion beachtet, durchdacht und sorgfältig erwogen werden.

Zum Problem der Frauen- und Mädchenförderung hat es in der jüngsten Vergangenheit eine Reihe richtungsweisender Beratungen sowohl auf zentraler staatlicher als auch auf Hochschulebene gegeben. Erinnerung sei an den zentralen Frauenkongreß und an die Frauenkonferenz der Technischen Hochschulen in Karl-Marx-Stadt.

Allerdings spiegeln sich die dort aufgeworfenen Fragen und die ausgearbeiteten Empfehlungen noch ungenügend in der Diskussion der Grundsätze für die Gestaltung eines einheitlichen sozialistischen Bildungssystems wider. Dies ist um so bedauerlicher, als wir besonders bei den naturwissenschaftlich-technischen Fachrichtungen einen ersten Rückstand bei der Förderung von Frauen und Mädchen haben. Nicht zuletzt zeigt sich diese Tendenz in der mangelnden Bereitschaft unserer Mädchen, ein naturwissenschaftliches oder technisches Studium aufzunehmen. Es sei in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf den Brief des Staatssekretärs an die Rektoren der Technischen Hochschulen und die darin in Auswertung der Frauenkonferenz in Karl-Marx-Stadt enthaltenen Empfehlungen hingewiesen.

In der Diskussion sollten folgende Probleme eine Rolle spielen:

Es geht vor allem um eine frühzeitige Einflußnahme auf die Oberschülerinnen, um sie für ein technisches Studium zu gewinnen. Diese Aufgabe muß von Schule und Hochschule gemeinsam in geeigneter Form in Angriff genommen werden. Voraussetzung dafür aber ist das Vorhandensein von Berufsbildern der entsprechenden Fachrichtungen speziell für Mädchen und damit im Zusammenhang Klarheit über die Perspektive einer derartigen Berufswahl.

Es geht weiterhin um eine kontinuierliche Betreuung unserer Studentinnen und um klare Entwicklungs- und Perspektivpläne für unsere jungen Assistentinnen und Wissenschaftlerinnen.

Es geht endlich um die geeignete Regelung der familiären Probleme unserer Studentinnen und Wissenschaftlerinnen.

Mit der Betonung dieser Problemkreise soll selbstverständlich die Diskussion weiterer Fragen keineswegs abgebrochen oder für unwichtig erklärt werden. Vielmehr kommt es darauf an, möglichst schnell in den bereits häufig diskutierten Fragen zu Vorschlägen an die staatliche Kommission zu gelangen, um die Grundsätze durch neue Formulierungen zu verbessern oder durch Zusätze zu bereichern. Dabei ist es vor allem notwendig, das Verhältnis von Grundausbildung und Spezialausbildung in allen Fachbereichen sachkundig zu bestimmen. Dies gilt insbesondere für die Lehrerausbildung, die auf hohem fachwissenschaftlichem Niveau erfolgen muß, gesicherte marxistisch-leninistische Kenntnisse erfordert und in den schulpraktischen Abschnitten effektiver gestaltet werden muß.

Die vorliegende Sonderausgabe der „Universitätszeitung“ soll durch die Vielfalt der Beiträge zu den verschiedensten Problemen des Bildungssystems allen Angehörigen der Universitäten und Hochschulen Anregung geben für den weiteren Verlauf der Diskussion, soll die Meinungen der Hochschullehrer und Studenten über die einzelne Einrichtung hinaus bekannt machen und durch den Vergleich der eigenen Meinung mit anderen die Ausarbeitung endgültiger Vorschläge für die Formulierung der Grundsätze fördern.

Staatssekretariat für das Hoch- und Fachschulwesen

Einige der folgenden Beiträge wurden verschiedenen Universitätszeitungen entnommen.

